

Rechtsextreme Terrorzelle „Letzte Verteidigungswelle“ enttarnt!

Bundesanwaltschaft ermittelt gegen rechtsextreme Terrorzelle „Letzte Verteidigungswelle“; fünf Jugendliche festgenommen.



Senftenberg, Deutschland - Der Generalbundesanwalt hat Ermittlungen gegen eine mutmaßliche rechtsextreme Terrorzelle namens „Letzte Verteidigungswelle“ aufgenommen. Der Fokus liegt auf fünf jungen Verdächtigen im Alter von 14 bis 18 Jahren, die in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Hessen festgenommen wurden. Diese Gruppe soll konkret Anschläge auf Geflüchtete sowie politisch Andersdenkende geplant haben, was die Ermittlungen in die Öffentlichkeit zieht und große Besorgnis auslöst. In Sachsen und Thüringen fanden zudem Durchsuchungen in insgesamt 13 Objekten statt, die sich gegen drei weitere deutsche Staatsangehörige richteten, welche sich bereits in Untersuchungshaft befinden.

Die „Letzte Verteidigungswelle“ wurde spätestens im April 2024 gegründet. Die Mitglieder der Gruppe sehen sich als letzte Instanz zur Verteidigung der „Deutschen Nation“ und verfolgen das Ziel, durch Gewalttaten einen Zusammenbruch des demokratischen Systems in Deutschland herbeizuführen. Vier der Festgenommenen wird die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, während einem die Unterstützung einer solchen Vereinigung zur Last gelegt wird. Drei der Festgenommenen sind als Rädelsführer identifiziert worden.

Vorwürfe und geplante Anschläge

Zu den schweren Vorwürfen zählen auch versuchter Mord, Brandstiftung und Sachbeschädigung. Im Februar konnte ein geplanter Anschlag auf eine Asylunterkunft in Senftenberg rechtzeitig verhindert werden. Bei Durchsuchungen in Meißen wurde außerdem eine beträchtliche Menge an Waffen und Munition sichergestellt, darunter Sprengstoff, Schlagringe, Einhandmesser sowie Schreckschuss- und Softairwaffen. Ein 21-jähriger Deutscher, der sich auf den Anschlag vorbereitet hatte, wurde festgenommen. Die Kugelbomben, die gefunden wurden, waren industriell hergestellte Pyrotechnik.

Recherchen eines Reporterteams halfen auch bei der Aufklärung eines Brandanschlags auf ein Kulturhaus in Altdöbern aus dem Oktober. Zwei der festgenommenen Männer stehen im Verdacht, an diesem Anschlag beteiligt gewesen zu sein. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig kommentierte, dass alle Festgenommenen bei der Gründung der Terrorgruppe noch minderjährig waren. Sie betonte die Dringlichkeit, der Radikalisierung von Jugendlichen entgegenzuwirken, um solche extremen Entwicklungen zu verhindern.

Rechtsextremismus in Deutschland

Die Festnahmen und die Ermittlungen stehen im Kontext eines besorgniserregenden Anstiegs rechtsextremistischer Aktivitäten

in Deutschland. Laut dem **Verfassungsschutz** gibt es etwa 14.500 gewaltorientierte Rechtsextremisten, was einen Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Personen belief sich 2023 auf 40.600, ein Zuwachs von 1.800 Personen im Vergleich zu 2022. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten nahm ebenfalls um 13 % auf 1.148 zu.

Ein besorgniserregendes Merkmal des rechtsextremistischen Phänomens ist die zunehmende Instrumentalisierung des Themas Migration und Asyl durch Extremisten zur Verbreitung ihrer eigenen Narrative. Die steigenden Zahlen von rechtsextremistischen Demonstrationen und Straftaten erfordern eine nachhaltige politische Antwort und umfassende Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung und Gewalt.

Die jüngsten Festnahmen in der „Letzten Verteidigungswelle“ sind ein Weckruf für Politik und Gesellschaft, sich der Bedrohung durch extremistische Bewegungen entschieden zu stellen. Die aktuellen Entwicklungen stellen einmal mehr unter Beweis, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus in Deutschland dringend fortgeführt werden muss.

Für detaillierte Informationen zur „Letzten Verteidigungswelle“ sind weitere Einblicke im **Spiegel** zu finden, während die gesamtgesellschaftlichen Hintergründe auf **bnn.de** detaillierter erläutert werden.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Senftenberg, Deutschland
Festnahmen	5
Quellen	• bnn.de • www.spiegel.de • www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de